

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Pulsnitzer Zeitungsgesellschaft, Pulsnitz, W. S., Grobholzsdorf, Bretnitz, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Ehemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Korrespondent: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz, Pulsnitz, W. S., Grobholzsdorf, Bretnitz, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Ehemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Post-Konto Dresden 2138, Giro-Konto 146

Wochenblatt
Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Wichtig an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Motte's Zeilenmaß 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; entlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf., Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz W. S., Grobholzsdorf, Bretnitz, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Ehemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstr. 2
Druck und Verlag von G. L. Försters Erben (Inb. F. W. Mohr)
Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 103

Montag, den 5 Mai 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Im Monat Mai 1930 werden folgende Steuern fällig:
am 5. d. Mts. Aufwertungssteuer
Die Pflichtigen werden aufgefordert, die fälligen Beträge zur Vermeidung zwangsweiser Beitreibung alsbald an unser Steueramt abzuführen. Schriftliche Mahnung erfolgt nicht.
am 15. d. Mts. Kirchensteuer, 1. Rate Vorauszahlung auf 1930
Die Vorauszahlung ist in Höhe von 1/4 der für das Rechnungsjahr 1929 veranlagten Kirchensteuer zu entrichten.
Bom Tage der Fälligkeit der Steuern ab entstehen Verzugszinsen in Höhe von 10 v. H. jährlich.
Pulsnitz, den 5. Mai 1930.
Der Stadtrat

Wegesperrung
Der Kommunikationsweg von Hauswalde nach Ohorn wird vom 7. Mai ab bis voraussichtlich den 25. Mai 1930 wegen Straßenbauarbeiten gesperrt.
Der Verkehr wird über Bretnitz vertrieben.
Amtshauptmannschaft Ramenz, am 3. Mai 1930.

Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg haben im

Das Wichtigste

Auf der Jubiläumstagung des Weisfällisch-Sippischen Wirtschaftsverbandes sprach am Sonntag Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer über das Verhältnis der Finanzpolitik zur Wirtschaft. In seiner Rede sagte Moldenhauer u. a., bei seinem Amtsantritt habe er ein Erdmmerfeld vorgefunden.
Das 10. Fußballländerspiel Deutschland—Schweiz endete mit einem Überlegen 5 : 0 (4 : 0) der deutschen Mannschaft.
Der Chef des deutschen Flottengeschwaders, das z. Bt. vor den sibirischen Hafensstädten ankert, Vizeadmiral Oblep, besah sich am Sonntag auf einem Torpedoboot von Syrakus nach Catania, um dem König von Italien, der auf seiner Yacht dort eingetroffen ist, einen Besuch abzustatten.
Moz Schmelzung ist am Sonntag in Newyork eingetroffen, wo ihm ein jubelnder Empfang bereitet wurde.
In Wilann fand dieser Tage die erste Eperanto-Hochzeit statt. Während des Trauaktes in der Kirche wurde in Eperanto gejunen und gebetet. Bei dem folgenden Hochzeitsmahl unterhielten sich die Gäste ausschließlich in dieser Sprache. Die Neuvermählten erhielten zahlreiche Glückwünsche von Ehe antisten des In- und Auslandes.
Der Newyorker Senator Copeland führte in einer Rede in Newyork aus, Deutschland könne unmöglich die ihm auferzwungenen Tribute zahlen. Einer Verelendung dürfe Deutschland nicht zugeführt werden, weil es das wichtigste Bollwerk gegen den Bolschewismus sei.
Als Opfer des Tsunamis, der über der südlichen Hälfte Sachalins und der Insel Hokkaido wütet, wurden bisher 107 Leichen geborgen.

Reichsfinanzminister Moldenhauer über Finanzpolitik

Hannover. Auf der Jubiläumstagung des weisfällisch-sippischen Wirtschaftsverbandes in Bad Eilfen sprach Sonntag als Hauptredner Reichsfinanzminister Moldenhauer über das Verhältnis der Finanzpolitik zur Wirtschaft. Der Minister führte u. a. aus, die Krise der Landwirtschaft seit mit verursacht durch eine Ueberproduktion in der Welt. Die zweite Ursache für die Wirtschaftskrise liege in dem Kapitalmangel. Die mangelnde Kapitalbildung habe ihre Ursache vornehmlich in dem außerordentlichen Steuerdruck, der nicht zum geringsten Teil auf Reparationslasten zurückzuführen sei. Aufgabe der Finanzpolitik müsse es sein, diesen Steuerdruck zu mildern.
Wir können in außenpolitischer Beziehung nicht ohne eine gesunde Finanzwirtschaft arbeiten, aber auch nicht auf innerpolitischem Gebiet.

inländischer Aktiengesellschaften, deren Zweck in der Verwaltung, dem Erwerb und der Veräußerung von Aktien, Kuzen, Anteilen oder Genusscheinen anderer Erwerbsgesellschaften oder von Schuldverschreibungen in geringen Posten besteht, steuerliche Erleichterung zu treffen.

Bernhard v. Bülow Staatssekretär.

Beschluß des Reichskabinetts.
Im Reichstag hat eine Besprechung der Mitglieder des Reichskabinetts über Personalfragen stattgefunden, in der man sich darauf geeinigt hat, dem Reichspräsidenten die Ernennung des jetzigen Vortragenden Legationsrats im Auswärtigen Amt und Dirigenten der Westabteilung, Bernhard v. Bülow, zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vorzuschlagen. Der jetzige Staatssekretär im



Bernhard Wilhelm v. Bülow

Auswärtigen Amt, v. Schubert, wird dann seinen Posten verlassen und einen längeren Urlaub antreten. Es ist die Wiederbenutzung des Staatssekretärs v. Schubert im diplomatischen Dienst vorgesehen.

In einiger Zeit wird weiter ein Wechsel in der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes eintreten. Der jetzige Leiter, Ministerialdirektor Schneider hat den Wunsch ausgesprochen, zu seiner Tätigkeit als Universitätsprofessor zurückzukehren. Zu seinem Nachfolger ist der deutsche Gesandte in Oslo, Roland Rößler, der früher Chef des Protokolls im Auswärtigen Amt war, ausersesehen.

Politische Klippen.

Ein griechischer Philosoph tat einmal den Ausspruch: „Alles fließt!“, und man kann heute bei uns gerade diesen Ausspruch so treffend auf das politische Leben Deutschlands anwenden. Alles fließt. Alles ist in der Schwebel. Man weiß nicht, ob das Ende, das da nachkommt, dünn oder dick ist. Der Volksmund sagt zwar: „Das dicke Ende kommt nach.“ Aber wissen wir es? Angesichts des großen Arbeitslosenlebens und der schweren Kämpfe der deutschen Wirtschaft und Landwirtschaft um ihre Existenz, ist es schwer, an die baldige Wiedergesundung zu glauben.

Der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer — Finanzminister zu sein ist stets eine undankbare Aufgabe — hat vor den Reichsboten seine Eitate gehalten. Er hat sich sehr vorsichtig ausgedrückt und nicht allzuviel gesagt. Er klagte über den Kapitalmangel und möchte den Reichshaushalt für das Jahr 1930, das bereits am 1. April zu laufen begann, wenigstens bis Ende Juni in Ordnung bringen. Das Reich muß ja die zwei Milliarden Reparationslasten aufbringen und die Zinsen für die Kreuger-Anleihe usw. bezahlen. Außerdem sollen die schwebenden Schulden in Höhe von rund einer Milliarde abgedeckt werden. Das ist alles unerfreulich für die Wirtschaft, da es so in diesem Jahre mit den versprochenen Steuererleichterungen „Eifig wird“; denn wenn Steuererleichterungen in Höhe von 600 Millionen Mark für das nächste Jahr angekündigt werden, so ist das noch eine lange Zeit. Wer weiß, was im nächsten Jahre sein wird? Ob dann noch Steuererleichterungen durchgeführt werden können? Wenn es diesen Sommer hindurch zwei Millionen, oder auch nur 1,5 Millionen Arbeitslose geben sollte, so würde diese Tatsache allein die Lage der Reichskasse ungeheuerlich belasten.

Und zweitens: Die Lebenshaltung der breiten Massen verteuert sich. Bier, Mineralwasser, Streichhölzer und so vieles andere ist nun doch teurer geworden. Auch von gewerkschaftlicher Seite war immer betont worden, daß die Zahlung der Reparationslasten besonders auf die Lebenshaltung der breiten Massen sich drückend auswirken würde. Das bekommt jeder von uns allmählich am eigenen Leibe zu spüren. Ist das der Anfang? Ist das das Ende? Da wird die Reichsbahn demnächst ihre Personalentlastung erhöhen, ferner die Tarife für den Güterverkehr. Gerade vor der Reifezeit wird diese Erhöhung eine starke Belastung besonders vielköpfiger Familien bedeuten, wenn sie nicht auf ihren so notwendigen Erholungsurlaub verzichten wollen. Zudem muß man feststellen, daß, wenn man auf der einen Seite der

Ermächtigungsgesetz für steuerliche Maßnahmen.

Der Gesetzentwurf über die Ermächtigung zu steuerlichen Maßnahmen zwecks Erleichterung und Verbiligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft ist jetzt dem Reichstag, nachdem er in der letzten Reichsratsitzung genehmigt worden war, zugegangen. Er hat folgenden Wortlaut:
„Die Reichsregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstags zur Erleichterung und Verbiligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft auf den Gebieten des Steuerabzuges von Kapitaletrage, der Kapitalverzehrssteuer, der Grunderwerbssteuer, der Wertzuwachssteuer und der Besteuerung

Landwirtschaft hilft, man diese Hilfe nicht indirekt wieder abschwächen dürfte, wie es die Tarifierhöhung der Güter bedeuten würde. Aus allem hebt sich eins hervor: Wir gehen schweren Zeiten entgegen.

Und drittens: Die parlamentarische Lage. Das große Fragezeichen ist nach wie vor: Wie werden sich die Deutschnationalen bei den jetzigen Statberatungen im Reichstag verhalten? Das Kabinett Brüning ist in seiner Politik von der Haltung der Deutschnationalen gewissermaßen abhängig. Das Kabinett hat dem Polen-Vertrag zugestimmt. Mit welchem Stimmenverhältnis, weiß man nicht. Wie werden sich die Parteien im Reichstag gegenüber dem Polen-Vertrag verhalten, der besonders in landwirtschaftlichen Kreisen als gefährlich für die deutsche Landwirtschaft bezeichnet worden ist? — In der Reichskasse ist nicht viel Geld vorhanden; deshalb hat das Kabinett die Dsthilfe mit nur 80 Millionen Reichsmark angefordert und die Dsthilfe auf die Provinzen Ostpreußen, Grenzmark und Niederschlesien beschränkt. Gegen diesen Beschluß sind bereits aus den von der

Dsthilfe ausgeschlossenen landwirtschaftlichen Ostprovinzen Proteste an die Reichsregierung gerichtet worden. Erschwerung der politischen Lage. — Dazu kommt der politische Streit um den Panzerkreuzer „B“, den die stärkste Regierungspartei, das Zentrum, und ebenfalls die Demotaten im Reichstag ablehnen wollen. Dazu kommt, daß bei den Demotaten Verstimmung herrscht wegen der Beilegung des Konflikts mit Thüringen. Dazu kommt ferner, daß der Reichsinnenminister Dr. Wirth und die preußische Regierung nicht gewillt sind, das Stahlhelmverbot im Rheinland-Westfalen aufzuheben. Dazu kommt, daß die Barenhäuser gegen die ihnen auferlegten Steuern insofern vorgehen wollen, als sie diese Steuern auf die Fabrikanten abwälzen. Die Regierung hat mit Recht gegen einen solchen etwaigen Boykott gesetzliche Maßnahmen angekündigt. Durch derartige Kämpfe wird die politische Lage nicht erleichtert. Dazu kommt, daß die Reichsregierung nicht weiß, über welche parlamentarischen Ausschüssen sie verfügt, nachdem das Zentrum und die Demotaten

